

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags mit einem... Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin...

Die achtgrößte Kampfbefehle über deren Namen kostet 4.- M. einschließlich... Preis Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Helferich und Konsorten auf der Unklagebank

Die Schuld der Kriegstreiber — Das Finanzelend des Reiches — Der sterbende Kapitalismus — Das Proletariat und der Sozialismus

Unsere Fraktion kam in der Stadtbatte gestern zum zweitenmal durch den Genossen Dittmann zum Wort. Seine Rede war eine ebenso großzügige wie gründliche Abrechnung mit den Bestiar, Henkebrand, Gräse und Helferich. Er wies nach, daß diese Vertreter des alten Systems mit die Hauptschuldigen am Weltkrieg sind, der über die Menschheit entsetzliches Elend gebracht hat und bezeichnete es als eine Provokation der deutschen und internationalen Pflichten, wenn diese Reaktionen immer noch die Stirn bieten, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Seine Feststellung über die Helferich und Genossen, die ohne Rücksicht auf das Schicksal von Millionen Menschen einen deutschen Siegerfrieden mit allen Mitteln erzwingen wollten, brachte die Rechte des Hauses, die sich unter den Schlägen des Genossen Dittmann aufbäumte, bald zum Schweigen.

Genosse Dittmann besprach dann eingehend unsere Stellung zum Versailler Friedensvertrag und wies dabei nach, daß alle Forderungen letzten Endes immer wieder auf das Treiben der deutschen Imperialisten zurückzuführen sind. Aber auch die Folge des Treibens der alldeutschen Konterrevolutionäre und Militaristen, die durch ihre in der Gegenwart betriebenen chauvinistischen Erzeugnisse dem Ententeimperialismus immer wieder billige Vorwände für das Vorgehen gegen Deutschland liefern. Mit Nachdruck wies Genosse Dittmann darauf hin, daß die deutsche Regierung gegen das alldeutsche Verbrechergesindel eine Politik der Langmut, der sträflichen Laxheit verfolgte, und daß damit auch die deutsche Regierung zum Mitschuldigen an dem Treiben der Alldeutschen wird. Gegen links droht die Regierung mit rücksichtsloser Anwendung der Gesetze, ehe diese Gesetze überhaupt noch verlegt sind, gegen rechts dagegen brüllt die Regierung beide Augen zu.

Genosse Dittmann ging auf die große Krise ein, unter der mit Deutschland viele andere Völker schwer zu leiden haben. Dabei besprach er die grundsätzlichen ökonomischen und politischen Fragen der Gegenwart, und zwar so klar und grundsätzlich, dabei aber in der Form so knapp, daß sie die permanenteste Aufmerksamkeit des Hauses finden mußten. Er kam zu dem zwingenden Schluß, daß die Uhr des Kapitalismus abgelaufen sei und meldete nun die Forderungen des Proletariats durch die Verwirklichung des Sozialismus an. Er verschwiegte dabei nicht, daß der Sozialismus eine gewaltige Arbeit zu leisten haben wird, um die Völker aus dem Elend herauszuführen. Diese Arbeit werde aber geleistet werden, denn an der Verwirklichung des Sozialismus seien heute bereits 80 bis 85 Prozent der deutschen Bevölkerung interessiert. Das Klassenbewußte Proletariat wisse aber auch, daß es seine gewaltige Aufgabe nur erfüllen kann, wenn es die politische Macht erobert, um die Diktatur des Proletariats solange sicher zu stellen, bis die ökonomischen Grundlagen der Klassengesellschaft gefallen sind.

Die Darlegungen des Genossen Dittmann bewiesen erneut, daß die U. S. P. D. die einzige Vertreterin der deutschen proletarischen Revolution ist. Während die Rechtssozialisten den Boden des Klassenkampfes verlassen haben und eine reine Reformpolitik treiben, sind die alten und die neuen Kommunisten den Grundgesetzen der proletarischen Revolution in Deutschland so fremd geworden, daß sie völlig befangen sind in den russischen Methoden und Funktionen. Die U. S. P. D. ist die einzige Partei, die fest auf dem Boden der Tatsachen stehend, überall und immer die Bannerträgerin und Führerin des revolutionären deutschen Proletariats auftritt und den Sozialismus zum Siege führen wird, allen Hindernissen zum Trotz!

Für die Antikommunisten sprach Dr. Levl. Er ließ in seiner Rede weitlich seinen Jörn über die U. S. P. D. die Zügel schleichen. Auf die Bemerkung Levl's, daß Dittmanns und Ledebours Reden bewiesen hätten, daß die U. S. P. D. mit den bürgerlichen Parteien zusammen eine geschlossene Einheitsfront bilde, erwiderte Genosse Ledebour in einer verständlichen Bemerkung: Levl habe mit einem der üblichen rhetorischen Manövern wieder einmal die Existenzberechtigung der kommunistischen Partei uns gegenüber zu beweisen gesucht. Wenn er seine Behauptung von der Einheitsfront mit dem Hinweis auf die Wortabdrückungen zu bekräftigen suchte, die er in jener Rede erwähnt hätte, so müßte sie abgeschafft werden, daß durch verschiedene Zeugen in längeren Unterredungen die Existenz einer solchen kommunistischen Zelle, die sich mit Hochpöbeln befasse, nachgewiesen sei. Levl suchte, nunmehr seine Unfähigkeit, die Tatsachen zu bestritten, dadurch zu bemänteln, daß er behauptete, Ledebour habe sich mit dem angeordneten Gewährsmann identifiziert. Ledebour erwiderte, die nötige Abgrenzung dieser Levl'schen Behauptung gehe ja gerade daraus hervor, daß jener Gewährsmann eben der Verfasser des Drehbüchens sei.

Dittmanns Rede

Bei der gestrigen Beratung des Reichshaushalts haben wir hier einen charakteristischen Vorfall erlebt. In der Person von Dr. Helferich trat ein Vertreter des alten Systems auf, das im November 1918 zusammengebrochen ist. Das bloße Auftreten der Herren Helferich, Bestiar und Genossen bedeutet aber eine Provokation der deutschen und der internationalen Gerechtigkeit. (Lachen und Unruhe rechts! Sehr wahr! links.) Sie haben während des Krieges im Reichstag immer und immer wieder einen Gewaltfrieden gefordert und jeden als Landesverräter beschimpft, der einen Frieden der Verständigung forderte. (Sehr wahr! bei den U. S.) Als ich 1918, als Graf Bestiar auf den Sieg Deutschlands hinwies, ihm zuzief, es gibt auch ein Losliegen, da antwortete mir der Herr Graf:

Lieber losliegen, als schmähtlich unterliegen!

(Hört, hört! bei den U. S.) Diese Herren sind es auch gewesen, die bewußt Amerika mit in den Krieg hineingezogen haben durch ihren frevelhaften U-Bootkrieg (Sehr richtig! bei den U. S.) und die damit Deutschlands Niederlage besiegelt haben. Dr. Helferich war es, der mit einem gewaltigen Zahlenaufwand haarsträubend vorzurechnen suchte, daß England beim verschärften U-Bootkrieg in längstens sechs Monaten zum Frieden gezwungen werde. Ein Jahr vorher hätte er allerdings mit einem gewaltigen Zahlenaufwand bewiesen, daß es unmöglich sei, England mit dem U-Bootkrieg niederzutreiben. Er kann eben heute so und morgen anders. Zwei Millionen Tote, ein Meer von Witwen und Waisen und Krüppeln, und der völlige militärische, wirtschaftliche und politische Zusammenbruch, das ist zum großen Teil Helferichs Werk. Das ist das Werk der Deutschnationalen und der Alldeutschen aller Schattierungen.

Diese Herren haben deshalb kein Recht, über den Gewaltfrieden von Versailles zu fluchen. Dieser Friede ist ihr Friede. Am 10. März 1918 hat Dr. Helferich hier im Plenum des Hauses erklärt: Wir werden nicht darauf verzichten können, und wir denken nicht daran, darauf zu verzichten, daß unsere Feinde — abgesehen von allem andern — uns für den materiellen Schaden aufkommen müssen (Hört, hört! bei den U. S.), den sie mit diesem frevelhaften angezettelten Krieg angerichtet haben. Es war ihr Kriegsziel, Dr. Helferich, die Gegner auszuspündern. Das haben Sie auch Ruhland gegenüber getan, dem Sie in Brecht-Litovsk einen Sieger- und Gewaltfrieden diktiert haben. Die Entente hat nur nachgegeben, was der deutsche Militarismus ihr vorgemacht hat, nämlich eine politische Parole umzuliegen in eine anexionistische Parole. Das Lament der Deutschnationalen gegen den Versailler Frieden schürt deshalb nur auf neue den Haß gegen Deutschland (Sehr wahr! bei den U. S.). Alle Gewalttaten des Versailler Vertrages sind provoziert durch die Verbrecherrolle der Alldeutschen, (Erregte Zurufe rechts.) denn ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg hätte es keinen Raub der deutschen Handelsflotte gegeben, ohne die zweifache Zerstörung der französischen Bergwerke kein Kohlendamm der Entente (Unruhe rechts), ohne die deutschen Minderheiten und Mindermengen in Belgien und Nordfrankreich (lebhaftes Hinstimmen rechts. — Sehr richtig! links), nicht alle die Schandenerklärungen, deren Erfüllung uns jetzt so sehr brüht. (Sehr richtig! bei den U. S.) — Fortgeleitet erregte Zurufe rechts. — Glücke des Präsidenten.) Ohne Hindenburgprogramm auch keine völlige Zerstörung unserer Industrie. Das alles sind die Folgen der

Lotengüberarbeit der alldeutschen Gewaltvoll!

(Erregte Zurufe rechts. — Sehr richtig! bei den U. S.) Es zeugt nur von der Schaffsgeduld des deutschen Michels, daß die Bestiar und Helferich hier überhaupt noch auftreten können. In keinem anderen Lande der Welt dürften solche Volksoberer es wagen, jemals wieder den Mund aufzutun.

Nur wir, die unabhängigen Sozialdemokraten (sehr wahr! bei den U. S.) — Ledebour (Widerspruch rechts) haben ein gegen den Versailler Gewaltfrieden zu protestieren, denn wir allein haben die Politik rücksichtslos bekämpft, die diesen Frieden verhängsel hat. Man hat uns in die Zuschäuler und in die Gefängnisse gesteckt, während man doch heute heilfroh wäre, wenn man uns damals gefolgt hätte.

Es war unser Hugo Haase,

dessen Tod sich in diesen Tagen zum ersten Male jährt, der unser Standpunkt zum Versailler Gewaltfrieden im vorigen Jahr in der Nationalversammlung präzisiert hat. Diesen Standpunkt teilen wir auch heute noch. (Sehr wahr! bei den U. S.) Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß die rein militärischen Forderungen des Friedensvertrages reiflos erfüllt werden müssen, ebenso zweifellos aber ist für uns, daß die wirtschaftlichen Forderungen des Friedensvertrages dem deutschen Volke eine Last auferlegen, die es dauernd nicht tragen können. (Sehr wahr! bei den U. S.) Soweit es sich um die Wiedergutmachungen im lokalen Sinne des Wortes handelt, müssen sie erfüllt werden. Aber die systematische Ausplünderung Deutschlands unter dem Deckmantel der Wiedergutmachungen führt zum Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens, zum Zusammenbruch ganz Europas und der ganzen Weltwirtschaft. (Sehr richtig! bei den U. S.) Dagegen wenden wir uns mit altem Nachdruck. Aber wir lehnen es ab, etwa mit den Deutschnationalen und anderen nach unserer Auffassung kompromittierten Politikern gemeinsam dagegen zu protestieren (Sehr wahr! bei den U. S.) Denn sie protestieren, weil die Vergewaltigung jetzt gerade Deutschland trifft.

Wir dagegen protestieren grundsätzlich gegen die Vergewaltigung

und würden es auch tun, wenn die Vergewaltigung ausgeübt würde von unseren Alldeutschen gegen die Ententevölker. Mit um so größerem Recht können wir deshalb auch unerfüllbare Zusicherungen des Entente-Imperialismus zurückweisen und können an die Solidarität der Proletarier in den Ententeländern appellieren (Lachen rechts), uns zu helfen in der Abwehr solcher Attentate auf unsere elementarsten Lebensnotwendigkeiten.

Die Kohlenlieferungen an Frankreich

sind notwendig, um ihm Erlaß zu geben für den Ausfall der durch die deutschen Militaristen ohne zwingende Not zerstörten französischen Bergwerke. Jedoch gilt auch hier der Satz, daß uns das Hand näher ist als der Rod. Wir können nicht Kohlen, wie es behauptet wird, im Überfluß an Frankreich abgeben, selber aber unsere Werke, unsere Industrien, unser ganzes Verkehrsnetz künftighin lassen und noch tieferen obendrein, weil es an der nötigen Hausbrandkohle fehlt.

Auch die Requirierung von Mischpich als Erlaß für das im Kriege durch die deutschen Militärs geraubte Vieh der Ententeländer muß ihre Grenzen finden an dem zur Erhaltung unserer Volksgesundheit und unserer Volkskraft absolut Notwendigen.

Die Zerstörung der Dieselmotoren

ist aus der Befehlsliste verlangt worden, sie könnten wiederum für U-Bootzwecke Verwendung finden. Das ist offenbar eine übertriebene Furcht vor dem Wiedererstarken des deutschen Unterwasserimperialismus. Wird für das Abwracken der U-Boote gesorgt, und der Friedensvertrag gibt die Handhabe dazu, so kann die Erhaltung der Dieselmotoren allein eine solche Furcht nicht rechtfertigen. Die Motore aber sind wichtig und notwendig für das deutsche Wirtschaftsleben. (Sehr richtig! bei den U. S.) Ihre Zerstörung und das Verbot, neue Dieselmotoren zu bauen, bedeutet Vernichtung hochwertiger Produktionsmittel, bedeutet eine Lahmlegung lebensnotwendiger Produktionsbetriebe und bedeutet Arbeitslosigkeit für Tausende von Arbeitern. Wir wenden uns deshalb gegen das Verlangen nach Zerstörung der vorhandenen Dieselmotoren und gegen ein Verbot, neue Motoren zu bauen.

Wenn die Belahungskosten im Rheinland

fortgeleitet ins Ungemessene wachsen und schon mit 13 1/2 Milliarden Mark im Sonderetat erscheinen, so ist das ein Zustand, der offenbar der Absicht entspringt, die Unterhaltkosten für die mächtigste große Teile der Ententearmee auf Deutschland abzumwälzen, ein Zustand, der den völligen Ruin der deutschen Wirtschaft bescheinigen muß. Jeder seierte das Treiben unserer alldeutschen Konterrevolutionäre und Militaristen immer wieder billige Vorwände für das Vorgehen der Entente. Die chauvinistischen Erzeugnisse, die sich mit der Regelmäßigkeit der Delirien von Quartalsläufern wiederholen (Sehr gut! bei den U. S.), wie kürzlich in Breslau und an anderen Orten, hat unser ganzes Volk schwer zu büssen. Gegen das alldeutsche Verbrechergesindel, das diese Erzeugnisse inszeniert, verfolgt die Regierung eine Politik der Langmut, der sträflichen Laxheit, daß sie zur Wirtschaftlichen daran wird (widerholte Zustimmung bei den U. S.), und wir müssen deshalb die Regierung für die Wiederkehr solcher Skandale verantwortlich machen. (Sehr richtig! links.) Gegen links droht die Regierung mit rücksichtsloser Anwendung der Gesetze, ehe diese Gesetze überhaupt noch verlegt sind; gegen rechts dagegen brüllt die Regierung beide Augen zu, selbst wenn jeder Rand sieht, daß von rechts her die Gesetze fortgesetzt in der gefährlichsten Weise mit Füßen getreten werden. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Die Lasten aus dem Friedensvertrage bilden mit 41 Milliarden eine Summe, die um ein Drittel den ganzen außerordentlichen Reichsetat übersteigt. Darin liegt eine furchtbare Anklage gegen diejenigen, die uns diese ungeheure Belastung auferlegt haben. Denn die Hoch, Clemenceau, Lloyd George und Wilson sind nur die Willensvollstrecker der deutschen Kriegstreiber. Diese Erkenntnis ist in Deutschland längst noch nicht genügend verbreitet, sonst würde der Volkswort sich noch in ganz anderer Weise gegen die Helferich und Konsorten wenden. (Sehr gut! bei den U. S.)

Finanzminister Dr. Wirth hat richtig darauf verwiesen, daß die ungeheuerlichen Anforderungen an unsere Finanzen die Folgen des verlorene Krieges sind.

Er hat dadurch auf die Bestiar und Konsorten hingewiesen, über deren volkschädliches Treiben er sich auch schon während des Krieges völlig klar gewesen ist. Ich entsinne mich sehr gut, wie er mir gegenüber 1917 gelegentlich einmal den verständigen Ausspruch tat: „Mit den Unsummen, die der Weltkrieg verschlungen hat, hätte die Menschheit das ganze Anstich der Erde versorgen können.“ (Sehr wahr! bei den U. S.) Es ist ganz verständlich, daß die Deutschnationalen einen Mann mit solcher Gesinnung hassen. Die Deutschnationalen wollen ja selbst nächstens Herrn Stresemann in den Orkus hinabwerfen. In Hannover hat Dr. Bergt nach der Wiederkehr der Monarchie gerufen und dabei behauptet, die Monarchie hat zu „sparen“ verstanden. Das Resultat dieser Sparsamkeit aber ist der Reichsanstich, vor dem wir heute stehen.

Der Etat der Betriebsverwaltungen

zeigt ebenfalls die Kriegsfolgen. Der Krieg hat das Verkehrsnetz so heruntergemindert, daß der Finanzminister diese Ab-

Wirtschaftung mit Recht als eine zunichtgemachte Kriegs-... Die Kapitalisten saßen tiefen Profite ein.

Sie schwärmten von einer Wiederbelebung und einer Gesundung... Unter dem Kapitalismus gibt es aus diesem unheilvollen Kreis...

Das ist nicht die Folge der Böswilligkeit eines einzelnen Kapitalisten... Die Privatbesitz an Produktionsmitteln steht im Widerspruch zu den Lebensinteressen der Gesellschaft.

Wenn Sie versuchen, ein Wirtschaftssystem künstlich aufrechtzuerhalten... Diese Millionen können nicht jahrelang warten, bis ihnen...

Er sucht ihn allerdings in seinem Sinne umzubiegen... Herr Stinnes dem Gedanken des Sozialismus keine Reverenz...

Dieser Sieg wird zum Ausbruch kommen durch den Besitz der politischen Macht... Aber auch dann wird die Verwirklichung des Sozialismus...

Wir haben schon mal eine Art Vorgeschmack von der Diktatur des Proletariats gehabt... Die Sozialisierung des Bergbaus...

hatten wir für kurze Zeit in Deutschland diese jetzt so verdächtige Diktatur des Proletariats... Da wurde der Belagerungszustand, wurden Zensur...

So hat in Deutschland die Diktatur des Proletariats ausgehoben... Die militärischen Geheimorganisationen der Kontinentalarmee...

Die deutsche Arbeiterklasse muß gegen alle Angriffe der Reaktion... Wir werden den Kampf um die sozialistische Ziele führen...

Die Sozialisierung des Bergbaus wird der nächste Schritt auf diesem Wege sein... Die Sozialisierung des Bergbaus...

Wir werden den Kampf um die sozialistischen Ziele führen... Die Sozialisierung des Bergbaus...

Die Sozialisierung des Bergbaus wird der nächste Schritt auf diesem Wege sein... Die Sozialisierung des Bergbaus...

Wir werden den Kampf um die sozialistischen Ziele führen... Die Sozialisierung des Bergbaus...

Die Sozialisierung des Bergbaus wird der nächste Schritt auf diesem Wege sein... Die Sozialisierung des Bergbaus...

Ein zweites „Stinnes“-Organ?

Die Wirtschaftsruhr des „Vorwärts“ wächst sich nach gerade zu einem Skandal aus... Noch toller womöglich ist die Leistung im Abendblatt...

Die Wirtschaftsruhr des „Vorwärts“ wächst sich nach gerade zu einem Skandal aus... Noch toller womöglich ist die Leistung im Abendblatt...

Die Wirtschaftsruhr des „Vorwärts“ wächst sich nach gerade zu einem Skandal aus... Noch toller womöglich ist die Leistung im Abendblatt...

Die Wirtschaftsruhr des „Vorwärts“ wächst sich nach gerade zu einem Skandal aus... Noch toller womöglich ist die Leistung im Abendblatt...

Der englische Bergarbeiterstreik

Die letzten Berichte aus allen Kohlengebieten bestätigen, daß der Aufforderung des Bergarbeiterverbandes an die streikenden...

Der französische Bergarbeiterkonflikt

Die Lage im Bergarbeiterkonflikt ist unverändert... Die Bergarbeiterkonflikt...

Für eine aktionsfähige Internationale!

Von Kurt Rosenfeld.

Mein Beitrag zur Beurteilung der Frage der internationalen Organisation des Proletariats hat in der neu- und altkommunistischen Presse und auch auf dem Parteitag der K. P. D. viel Aufmerksamkeit, aber nirgends Freude hervorgerufen. Unjeneren Freunden von links ist es scheinbar recht un bequem, daß in unserer Parteipresse auch jetzt, wie vor Halle, der Standpunkt vertreten wird: Wir wollen nach wie vor den Anschluß an die 2. Internationale, aber unter anderen als den 21 Moskauer Bedingungen.

An der Haltung der neukommunistischen „Internationale“ ist interessanter, was sie nicht schreibt, als was sie schreibt. Sie erwähnt mit keinem Sterbensworte meine Mitteilung, daß gerade unter Mitwirkung ihres Freundes Roosen der Plan einer internationalen Konferenz der aus der 2. Internationale ausgetretenen sozialistischen Parteien entstanden ist. Diese Feststellung ist für die Neukommunisten allerdings recht un bequem, besonders in einem Augenblick, in dem sie ohnedies als „Oktober-Kommunisten“ einen recht schweren Stand gegenüber den Altkommunisten haben. Sind doch Fritz Geyer und Braß schon jetzt in den Augen der Kommunisten recht unsichere Kantonisten (vgl. Bericht über den Parteitag der K. P. D.), und wirkt ja die Hamburger Volkszeitung, die sich schon vor dem Hallenser Parteitag als Organ der K. P. D. fühlte, in der Nummer vom 2. November Däumig und Stöcker „Schwäche“ gegenüber den „Rechts-Unabhängigen“ vor. Was sollen die Kommunisten von Roosen denken, wenn sie hören, daß gerade er die angebliche 4. Internationale hat vorbereiten lassen. Deshalb schweigt sich die „Internationale“ hierüber aus.

Das Zentralorgan der Neukommunisten macht mit dem den Vorwurf, ich hätte verschwiegen, daß in dem Beschluß des Leipziger Parteitages gefordert wird: „Die U. S. P. D. habe sich der kommunistischen Internationale sofort anzuschließen, wenn eine solche Konferenz nicht zustande komme. Trotz aller Bemühungen hat diese Konferenz zwischen Leipzig und Halle nicht gelang.“ Einen solchen Beschluß konnte ich schon deshalb nicht verschweigen, weil er gar nicht gefaßt ist. In Wahrheit lautet der Beschluß: „Sollten die Parteien der anderen Länder nicht gewillt sein, mit uns in die Moskauer Internationale einzutreten, so ist der Anschluß von der Deutschen Unabhängigen Sozialistischen Partei allein vorzunehmen.“ Also nicht vom Zustandekommen der Konferenz, sondern von der etwaigen Ablehnung der sozialistischen Parteien der anderen Länder, in die Moskauer Internationale einzutreten, ist der Anschluß der U. S. P. D. an die 3. Internationale abhängig gemacht. Das ist doch wohl etwas ganz anderes. Außerdem haben die Bemühungen, die Konferenz zustande zu bringen, zwischen dem Leipziger und Hallenser Parteitag keinen Erfolg gehabt. Das hat sich jetzt als verhängnisvoll erwiesen. Bis zur Reise unserer Vertreter nach Moskau glaubten alle damaligen Mitglieder des Zentralkomitees, am schnellsten den Anschluß an die 3. Internationale herbeiführen zu können, wenn unsere Partei allein, ohne vorherige Verbindung mit den Parteien der anderen Länder mit der kommunistischen Internationale in Verhandlungen treten könnte. Diese Hoffnung ist durch die 21 Bedingungen zerstört worden. Deshalb muß nunmehr der Leipziger Beschluß ausgeführt und eine internationale Konferenz einberufen werden.

Auf dem Parteitag der K. P. D. behauptete Genosse Revi, mein Artikel beweiße, daß es mit der Einheit in unserer Partei nicht weit her sei. Dabei habe ich mich für meine Auffassung auf den einstimmig in Halle angenommenen Antrag Ledebour-Rosenfeld berufen. Dessen Wortlaut doch wohl klar genug ergibt, daß niemand in unserer Partei daran denkt, eine Internationale 4 oder 24 zu gründen. Im übrigen, Genosse Revi, werden auch Sie sich allmählich daran gewöhnen müssen, daß in einer Partei nicht die Uniformität der Anschauungen bestehen kann wie in einer kleinen Sekte. Sie warben auf Ihrem Parteitag um die K. P. D., Sie versprachen den Neukommunisten bei Ihrem Eintritt in die K. P. D. mildernde Umstände, Sie warnen davor, mit Ausschüssen aus der Partei leichtfertig umzugehen. Auch sonst zeigte Ihr Parteitag, daß in der K. P. D. die verschiedenen Strömungen schon jetzt durcheinanderlaufen. Mit der Geschlossenheit, welche die K. P. D. nach der Verschmelzung mit unseren früheren Freunden und mit den Angehörigen der K. P. D. zeigen wird, nehmen wir es noch lange auf.

Die „Kote Fahne“ möchte uns Leser glauben machen, daß das Leipziger Aktionsprogramm, auf das ich mich berufen habe, durch die Spaltung der Partei zerrissen sei. Hier ist anscheinend der Wunsch der Vater des Gedankens. Aber dieser Wunsch der „Kote Fahne“ wird nicht in Erfüllung gehen. Das Leipziger Aktionsprogramm ist auch weiterhin unsere Richtschnur und wir werden sie um so sorgfältiger beachten, je un bequemer dies den Kommunisten ist.

Mag die „Kote Fahne“, so oft sie will, wiederholen, daß wir eine Internationale gegen Moskau gründen wollen. Ueber diesen Verdacht sind wir erhaben. Wir wollen eine Internationale, welche die Moskauer Internationale in sich schließt. Wir wollen die noch mangelhafte dritte Internationale zu einer aktionsfähigen revolutionären Internationale umschaffen helfen.

Der Wiederaufbau der Internationale

London, 3. November.

Die unabhängige englische Arbeiterpartei hat die Einladung der deutschen U. S. P. D. zur Teilnahme an einer am 3. Dezember in Wien stattfindenden Konferenz angenommen, auf der über die Gründung einer neuen sozialistischen Internationale verhandelt werden soll.

Diese Wolff-Meldung ist in dieser Form falsch. Es handelt sich nicht um die Gründung einer neuen Internationale, sondern um Besprechungen, die zwischen den Vertretern aller Parteien, denen durch die Moskauer Anschlußbedingungen der Anschluß an die kommunistische Internationale unmöglich gemacht ist, stattfinden sollen. Diese Besprechungen haben den Zweck, die Voraussetzungen für eine wirklich tatkräftige Internationale zu schaffen.

Die Ausfuhr von Kartoffeln

Anschluß wird mitgeteilt: Trotzdem bereits mehrfach in der Presse darauf hingewiesen worden ist, daß grundsätzlich eine Ausfuhr von deutschen Kartoffeln nach dem Auslande nicht statthaft ist, wird die Bevölkerung nach wie vor durch Gerüchte beunruhigt, nach denen angeblich große Kartoffelmengen in Deutschland zu Baharreisen aufkauft und in das Ausland verschifft werden. Diese Gerüchte über jeden Grund.

Ausfuhrbewilligungen für größere Kartoffelmengen sind bisher nur für die deutsche Botschaft in Genäve, sowie in beschränktem Umfange für Deutsch-Oesterreich erteilt worden. Inzwischen

war Deutschland durch einen Staatsvertrag der Tschecho-Slowakei gegenüber verpflichtet, gewisse Mengen Kartoffeln an sie zu liefern. Eine ähnliche Verpflichtung belastet Deutschland gegenüber Frankreich auf Grund des Versailler Friedensvertrages. Es ist möglich, daß gerade diese letztere Verpflichtung den Anlaß zu den beantragenden Gerüchten gegeben hat. Demgegenüber sei aber erneut festgestellt, daß die Ueberwachung der Grenze gerade im Hinblick auf unerlaubte Kartoffeltransporte wesentlich verschärft ist, so daß eine die Versorgung Deutschlands gefährdende Ausfuhr von Kartoffeln als unmöglich gelten kann.

Um die Selbstverwaltung

Verfassungsdebatte in der preußischen Landesversammlung

Die gestrige Fortsetzung der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage brachte eine ausgedehnte und lebhafteste Debatte beim Abschluß der Selbstverwaltung, sowie bei dem Paragraphen, der die Ernennung der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw. nur im Einvernehmen mit dem Provinzialparlament vorseht. Die Deutschnationalen und die Volksparteier kämpften mit aller Zähigkeit gegen die Bestimmungen, die den Provinzen ein größeres Selbstverwaltungsrecht gegenüber den Zentralgewalt des Landes geben. So wüßte sich dieser Kampf zu einer Auseinandersetzung zwischen dem altpreussischen strafbureaucratischen föderalistischen Zentralismus von oben mit der modernen Forderung der lokalen und provinziellen Selbstverwaltung im Rahmen des Staatsganzen aus. Besonders Interesse erhält diese Frage durch die beabsichtigte Autonomie für Oberschlesien. Alle diese Dinge werden von den Rechtsparteien erbittert bekämpft und die „Zertrümmerung Preußens“ als nationales Unglück bezeichnet.

In der gestrigen Sitzung war es besonders der Deutsch-Volks-

Betriebsvertrauensleute, Generalversammlungsbelegierte und Betriebsräte des Metallarbeiter-Verbandes

Am Sonntag, den 7. November, vorm. 9½ Uhr, findet in den

Germania-Sälen, Chausseestr. 110, eine Versammlung sämtlicher

Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes

statt, die auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispien-Ledebour) stehen.

Tagesordnung: 1. Fürsten Partei und Gewerkschaften zertrümmert werden? Referent: Genosse Joseph Ernst-Hagen. 2. Diskussion.

Genossen! Die Erhaltung starker und geeinter wirtschaftlicher Organisationen ist eine Lebensfrage des revolutionären Proletariats. Beweist durch einmütiges Zusammenstehen, daß ihr nicht gewillt seid, die Einheitsfront auf gewerkschaftlichem Gebiete zerreißen zu lassen.

Funktionärsausweis des Verbandes sowie Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg Der geschäftsführende Ausschuss

J. A. Fritz Schneider.

partei Dr. Leidig, der sich mit voller Kraft für das alte Preußen einsetzt. Er will der Staatsregierung unbedingt die letzte Entscheidung bei der Besetzung der oberen Verwaltungsbeamten auch weiterhin belassen. Unser Genosse Dr. Cohn riefte in einer großzügigen Rede die Entschädigung und das Belohnen der deutschen Verwaltung auf und schloß die immerwährenden Zusammenstöße dieses bürokratisch-militaristischen Verwaltungsapparates mit den lebendigen Kräften des Landes. Er beschränkte sich nicht auf die Forderung der provinziellen Autonomie allein, sondern forderte die völlige provinzielle Reueinstellung für Preußen. Er wirft den Rechtssozialisten vor, daß sie bei der Verfassungsberatung das Erstgeburtsrecht sozialistischer Wirtschaft für das Einseitigkeit des parlamentarischen Systems verkauft haben. Wir werden die Rede des Genossen Cohn in unserer Abendausgabe ausführlich wiedergeben.

Nach Schluß der Aussprache, an der sich noch die Abgeordneten Dr. Preuß (Dem.), Dr. Lausche (Zit.), Staatssekretär Dr. Freund und der Rechtssozialist Heilmann beteiligten, schloß die allgemeine Aussprache über den Abschnitt Selbstverwaltung. Er wird unbestimmt angenommen bis auf den Paragraphen 58a, der bestimmt, daß die Grundzüge für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die Wahlen zu den Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen gelten sollen. Auf Antrag der Demokraten wird hier ein Antrag eingebracht, daß das Wahlrecht zu den Gemeindevorständen von einer Aufenthaltsdauer in der Gemeinde abhängig gemacht wird. Was dieser sehr reaktionäre Antrag mit Demokratie zu tun hat, bleibt das Geheimnis der Demokraten.

Es wird dann noch über die Beziehungen von Religion und Schule zum Staat gesprochen. Ueber den Austritt aus der Kirche wird beschlossen, daß die Steuerpflicht spätestens mit Ende des Steuerjahres, in dem die Austrittserklärung abgegeben wird, erlöschen soll.

Nächste Sitzung: Montag, den 15. November.

Preußenwahlen am 13. Februar

Die Preußenwahlen sollen auf Grund einer Einigung zwischen den Parteien mit ziemlicher Bestimmtheit am 13. Februar stattfinden.

Der wichtigste Punkt des deutschen Vormarsches, Pariser Blättern zufolge wurde auf dem Kirchhof in Lourdes im Kanton Lunarques, 10 Meilen nördlich von St. Denis ein Denkmal errichtet, um diese Stelle als den weitesten Punkt des deutschen Vormarsches von 1914 für alle Zeiten zu kennzeichnen.

Das Exekutivkomitee der 2. Internationale hielt gestern eine Sitzung ab, an der außer den englischen Delegierten teilnahmen: Für Deutschland Weiss, für Belgien Vandervelde, für Holland Trooststra, für Schweden Engberg. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Die italienischen Sozialisten und die Marxisten. Die sozialistische Parteileitung hat in Turin beschlossen, vom 13. bis 15. November in Genua einen Kongress über die Bodenfrage abzuhalten, dem der Vorstand sein Programm über die Verteilung des Großgrundbesitzes unterbreiten wird. Sowohl der Landarbeiterverband als der Gewerkschaftsbund und die Parteileitung werden Vertreter entsenden.

Der russisch-englische Handelsvertragsentwurf. Die „Times“ meldet, daß der Handelsvertragsentwurf mit Sowjet-Rußland in den letzten Tagen von der englischen Regierung einer gewissen Prüfung unterworfen worden ist. Der Vertragsentwurf werde mit Rücksicht auf die im Auslande sowohl wie in England selbst geliebte Kritik noch sehr wichtige Änderungen erfahren.

Aus der Wirtschaft

Der Stinnes-Siemens-Konzern

Der von uns bereits angekündigte, jetzt offiziell vollzogene Abschluß der Interessengemeinschaft zwischen dem Stinnes-Konzern und dem Siemens-Konzern, von dem wir auch an anderer Stelle berichtet, bedeutet die gewaltigste Trustbildung, die sich jemals innerhalb der deutschen Wirtschaft vollzogen hat. Der Stinnes-Konzern, die sogenannte Rhein-Elbe-Union, umfaßt die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.G. und die Seltener Bergwerks-A.G., die zusammen über 200 Mill. M. Aktienkapital verfügen, wozu der noch in der letzten Zeit anlaufende Bodumer Verein mit 70 Mill. M. Kapital kommt. Der Siemens-Konzern, die neben der A. E. G. führende Macht in der Elektro-Industrie, besteht aus der Siemens & Halske A.G. in Berlin, der Elektrizitäts-A. G. vorm. Schudert u. Co. in Nürnberg und ihrer gemeinsamen Tochtergesellschaft, den Siemens-Schudert-Werken in Berlin. Das Kapital dieser drei Gesellschaften beträgt gegenwärtig 21 Mill. M. Der Konzern „Kontrolliert“ aber noch eine Reihe anderer Unternehmungen, unter anderen die Kontinentale Ges. für elektrische Unternehmungen.

Als Stinnes im Reichswirtschaftsrat seinen Plan eines Zusammenflusses zwischen Produzenten- und Verbrauchergruppen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage vortrug, um ihn gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues auszuspielen, muß die jetzt zustandgekommene Interessengemeinschaft wohl schon eine beschlossene Sache gewesen sein. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Stinnes unter dem Deckmantel gemeinwirtschaftlicher Vorschläge Stimmung für den größten privatwirtschaftlichen Zusammenbruch zwischen einer Kohstoff- und einer weiterarbeitenden Gruppe zu machen suchte. Das ist ihm auch gelungen: die geborgene Begeisterung der gesamten bürgerlichen Presse für diesen Annehmenschluß legt davon Zeugnis ab.

Wir aber haben einen andern Bewertungsmöglichkeit an diesen Vorgang zu legen. Für uns heißt er den letzten großartigsten Versuch dar, auf rein privatkapitalistischer Grundlage eine Produktionsregelung vorzunehmen. Die kapitalistische Wirtschaft ist in Deutschland so von Grund aus erschüttert, daß das privatkapitalistische Kräftefeld verlagert, daß es nicht mehr imstande ist, eine regelmäßige Versorgung mit Rohstoffen usw., einen regelmäßigen Gang der Wirtschaft zu sichern. In immer größerem Maße fühlen Kohstoff- und Verbraucher-Industrien den Zwang, das kapitalistische Kräftefeld mit seinen Konjunkturschwankungen untereinander auszuhalten und sich zu riesigen Wirtschaftseinheiten zusammenzuschließen, innerhalb deren die Konkurrenz ausgeschaltet ist. Wenn sich Siemens den Kohstoffbezug durch Anlehnung an einen Kohstofftrust sichern, kann der andere Kohlenkonzern der Elektro-Industrie, die A. E. G., nicht zurückbleiben, und tatsächlich verläßt schon, daß Verhandlungen mit der A. E. G. und der Oberschlesischen Eisenindustrie, A. G. über den Abschluß einer Interessengemeinschaft im Gange sind. Der Elektro-Industrie wird die übrige Maschinenindustrie folgen müssen — die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg hat, wie wir berichtet, schon den Anfang gemacht. — Wir sehen hier vor einer Entwicklung, die, wenn das Proletariat ihr kein Ende machen würde, ihren Abschluß erst finden würde im Generalstreik, dem privatkapitalistischen Gegenstand zum Sozialismus: es wäre ein Wirtschaftszustand, in dem die gesamte Wirtschaft in einem kapitalistischen Trust zusammengefaßt wäre, der die Produktion und den Verbrauch in seinem Sinne regeln würde.

Die Arbeiterschaft muß sich der Gefahr bewußt werden, die in dieser Entwicklung liegt. Sie muß ein wachames Auge haben für alle Vorgänge, die in der Nähe dieser Entwicklung liegen. Und sie muß für den Augenblick einsehen, daß die verstrickten und vereinten Mächte des Kapitals ihre vereinte Macht entgegenstellen wird.

Zusammenschlüsse in andern Industrien

Neben den großen Zusammenschlüssen, die das Wirtschaftselben der kommenden Zeit auf eine ganz neue Grundlage stellen werden, werden fast täglich auch kleinere gemeldet: Insbesondere in der Branndindustrie gehen in der letzten Zeit große Konzentrationsbewegungen vor sich. So haben sich die Schultzeich- und die Enkelhardt-Brauerei konzentriert erweitert. Ein neuer kleinerer Zusammenschluß wird jetzt gemeldet. Danach würde zwischen der Leipziger Brauerei Riebeck & Co. (7 Mill. M. Kapital) und der Brauerei Gottl. Bräuner in Erfurt (2 Mill. M. Kapital) ein Abkommen geschlossen, wonach die Erfurter Brauerei von der Leipziger betrieben wird.

Die Zigarettenfabrik Wamicos u. Co. N. G. in Düsseldorf kauft die Zigarettenfabrik Quess und Wittig und erhöht zu diesem Zweck ihr Kapital von 2 auf 8½ Mill. M.

Die Kartoffelstärkefabriken haben mit 7 Mill. M. ein Syndikat gegründet, das 90 Prozent der Gesamtproduktion umfaßt.

Russische Handelsbeziehungen

Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung ist durch das Kommissariat für Außenhandel und das Kommissariat für Landwirtschaft beauftragt worden, größere Mengen von Materialien in Deutschland demnach anzukaufen. Es handelt sich hierbei um Ausrüstung, welche die Lieferung von 1200-000 Ostrampfen, etwa 250-000 andere Arten und 25-000 Kilogramm Zed versehen. Ferner werden 300-000 Pflüge, 1000 Sägen, 500 Sämaschinen, 448 Nähmaschinen und 400 Hartmaschinen verlanat.

Nach einer Meldung der „Times“ hat die englische Regierung mit der russischen Handelsdelegation einen Kontrakt auf Lieferung von 1 Million Grubenböden abgeschlossen. England liefert dafür Kohle.

Pacht- und Landwucher

In einer kleinen Anfrage im Reichstags seien die Genossen Gumb und Henke, daß die unrichtig als Wucherer gedachte Pachtverordnung von den Pächtern mißbraucht wird, um maßlosen Pacht- und Landwucher zu treiben. Auf Grund des § 2 der Pachtverordnung verlangen die Landbesitzer Pachtzahlungen, die den fünf bis sechsfachen Betrag der bisherigen Pachtsumme ausmachen. Bei ihren Forderungen lassen die Eigentümer die Pächter, in selbst die neuen Kontrakte zu Grunde. In einem Fall wird an Stelle der bisherigen Pacht von 6000 Mark jährlich 42-000 Mark verlangt. Demgegenüber werden Ausführungsbestimmungen zu der Pachtverordnung verlanat, die die Pachtzahlungen herabsetzen und als höchstzulässige Pachtzahlung 100 Prozent der bisherigen Pachtzahl festsetzen.

Die Arbeitslosigkeit in Paris. Nach einer Meldung der „Berliner Zeitung“ gibt es in Paris zur Zeit ungefähr 750-000 Arbeitslose. Am schwersten sind von der Arbeitslosigkeit die Metallarbeiter betroffen, die mehr als 40-000 Unbeschäftigten anweisen. Die Metallindustrie stellt etwa 15-14 Arbeitslose.

Die Kohlenproduktion in Belgien. „L'Independence Belge“ bringt in der Nr. 246 die Nachricht, daß gemäß einer Mitteilung des „Bulletin de l'Administration des Mines“ die Kohlenförderung in Belgien bei einer Belegschaft von 157-217 Mann im Jahr 1911 1911 400-000 Tonnen betragen hat und damit auf 12-1/2 Prozent der gleichen Höhe wie im Monat Juli 1913 steht, der zusätzlich die gleiche Förderzahl von 1911-1913 Tonnen aufweist.

Das amerikanische Grund- und Bodengebiet gegen die Japaner. In Kalifornien ist bei der Abstimmung mit großer Mehrheit die Maßnahme bekräftigt worden, durch die die Japaner vom Erwerb von Grund und Boden in Amerika ausgeschlossen sein sollen. Vermutlich wird diese Frage nun vor den Obersten Gerichtshof kommen, da die Bestimmungen über die Ausschließung der Bestimmungen des amerikonisch-japanischen Vertrages von 1911 widerspricht.

Zur Jugendbewegung

Von einem Jugendlichen.

A. J. Vom 7. bis 9. November findet in Leipzig die Reichskonferenz der „Sozialistischen“ Proletariatsjugend statt. Aller Voraussicht nach werden wir dort ein ähnliches Bild finden, wie auf dem Parteitag der U. S. P. D. in Halle.

Die sozialistische, radikale Jugend leidet gleich den erwachsenen sozialistischen Arbeitern am Spaltungsfieber. Wir bedauern das, weil es unnützlich ist für beide Teile. Aber der Arbeiterbewegung wie auch der Jugend nützt kein weinerliches Kammerreden, sondern nur die Kraft der Tat die aus der Erkenntnis der Verhältnisse entspringt.

Die „Freie Sozialistische Jugend“, jetzige „Kommunistische Jugend“, hatte erkannt, daß die Jugendbewegung nur ein Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung sein kann. Ohne sie verliert sie ihre Existenzmöglichkeiten in mehrfacher Hinsicht. Nun glaubte sie und glaubt es bis heute, daß aus dieser Erkenntnis die Aufgabe entspringt, alles das zu tun, was die Arbeiterbewegung zu führen hat, die die Arbeiterbewegung zu führen hat. Hieraus entspringen alle ihre Taten und vor allem — ihre Schwäche.

Ihre Schwäche ist die innere Leere, die Hohlheit von Wort und Tat. Sie kennt — von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen — nicht die ökonomischen Zusammenhänge unserer heutigen Gesellschaft und kann daraus keine Folgerungen ziehen. Sie kennt nicht die psychologischen Eigenheiten der Jugend und kann darum auch hieraus keine Lehren ziehen. Und da bleibt ihr nichts, als das Gebahren der Arbeiterparteien, zumeist einer ganz bestimmten, getreulich nachzuahmen. Das ist die kurze Charakterisierung unserer kommunistischen Jugend! Da ist nichts hinzuzufügen.

Das gleiche gilt von der „Arbeiterjugend“ und — leider — auch von dem größten Teile der „Sozialistischen Proletariatsjugend“.

Was kann aber die sozialistische Jugendbewegung sonst sein? Sprechen wir es offen aus: die Vorstufe zur politischen Betätigung.

Wir müssen das aussprechen, trotz der Verräter-Rufe, trotz der „Konterrevolutionäre“, die uns an den Kopf fliegen, wenn wir der Jugend als solcher und uns helfen wollen. Denn es hilft ihnen ja alles nichts: es ist doch so!

Haben wir diesen Tatbestand festgestellt, ergibt sich von selbst die Jugendbewegung. Ihre erste Aufgabe muß sein, die indifferente Jugend aus Kinos und Kummelplätzen, aus Kneipen und Varietés zu ziehen und sie zu selbständig denkenden und handelnden Menschen zu erziehen oder — gebrauchen wir das vielgeschmähte Wort — zu bilden.

Dazu sind vor allem Anziehungspunkte nötig. Solche gibt es in Masse. Jugendheime, Spielplätze, Bibliotheken, Lehrlingsberatung, Wanderungen und ähnliches üben genug Anziehungskraft aus. Aber ist der Jugendliche erst da, dann beginnt die schwere Arbeit des Bildens. Hier haben alle Jugendorganisationen in ihrer Gesamtheit versagt, trotzdem einzelne Ortsgruppen glänzende Erfolge erzielt haben.

In der Tat hängt diese ganze Bildungsarbeit von dem Ortsgruppenleiter ab. Die Bildungsarbeit der sozialistischen Jugendbewegung hat nicht Bildung im bürgerlichen Sinne zu vermitteln, sondern solche vom praktischen sozialistischen Standpunkt aus. Nicht Schlagworte prägen, sie verpflanzen; nicht allgemeine Redewendungen, sondern bis ins kleinste gehende Erläuterung eines Begriffes; nicht trodene Vorträge, sondern Diskussionen, Frage und Antwort sind unbedingte Erfordernisse. Fragen wir: „Was ist Sozialismus?“ Schweigen unsere Jugendlichen, fragen wir aber: „Was ist ein Arbeitgeber?“ so ist es erstaunlich, wie regsam diese selben Jugendlichen plaudern können. Und so müssen sie ständig weiter geführt werden, langsam, beinahe unmerklich. So entwickelt sich ihr Denken, bis sie endlich selbständig geworden sind. — Viel ist hier versäumt worden, aber noch ist die Zeit zum Bessermachen nicht vorüber.

Schlagwortsozialisten sollen aus der sozialistischen Jugendbewegung nicht hervorgehen, sondern Sozialisten, die aus innerer Überzeugung bereit sind, Gut und Blut für ihre Idee zu geben, die nicht nur zureden, sondern auch aufbauen können.

Wozu aber frant unsere Jugendbewegung heute? Kommt der Jugendliche aus der Volksschule, ist er vollkommen unselbständig. Er tappt umher und sucht einen geistigen Berater,

einen Freund. So kommt er in unsere Bewegung. Dort findet er zwei, drei oder mehr in ein Wortgeflecht verwickelt, aus dem immer wieder U. S. P. D., K. P. D., Verräter, Internationale, Resolution usw. hervorklingen. Er setzt sich in die hinterste Ecke, hört eine Weile zu und langweilt sich dann. Was geht ihn der ganze Quatsch an? — So geht er schließlich, geht zum Kino und zum Kummel, zum Schund und zum Indifferentismus.

Wer hat schon in der Jugendbewegung auf solche Jugendliche acht gegeben und sie für den Sozialismus gewonnen? — Man hat ja keine Zeit dazu, man muß ja in Politik machen.

Aber selbst wenn der Jugendliche — oft durch äußeren Zwang gezwungen — weiter bleibt, wird er sich nicht in die Idee hineinfinden. Er wird die Worte der anderen aufpassen und Worte reden. Nur Worte, wo hat er sie verstanden gelernt? —

So werden wir zum Phrasentum erzogen, so zwingt man uns, mehr zu scheitern, als wir sind! —

Das war und das ist unsere Jugendbewegung! Alle noch so schönen Redensarten helfen nicht darüber hinweg!

Und doch schauen wir hoffnungsvoll nach Leipzig und warten auf das Entstehen einer wahrhaft jungen Jugendbewegung. Mögen wir uns nicht getäuscht haben!

Wir geben dieses Bekenntnis eines Jugendlichen gern wieder und möchten wünschen, daß die erwachsenen Genossen und Genossinnen mehr als bisher die Jugendarbeit in den Kreis ihrer Betätigung ziehen. Die Spaltungstendenzen, das hohle Schlagwortgeräusch, die revolutionäre Phrasologie, unter der heute die Arbeiterbewegung leidet, lassen doppelt und dreifach auf der proletarischen Jugend. Seht hier nicht energische, zielbewusste, von der Liebe zur Jugend getragene Arbeit ein, so ist zu befürchten, daß uns die Jugend in ihren besten Elementen verloren geht. Daß das ein ganz gewaltiger Verlust für die Sache des revolutionären Sozialismus wäre, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Aus der Partei

Demaskierung

Die Neukommunisten, die aus demagogischen Gründen den Namen der U. S. P. nicht gleich dem Programm dieser Partei mit über Bord geworfen haben, sondern ihn zum Zwecke des Mitgliedererlanges vorläufig noch beibehalten, lästigen die Masse nun doch noch und noch. Wo sie sich hart genug fühlen, da zeigen sie jetzt schon ihr wahres Gesicht. In Halle a. S. hielten sie am Sonntag, den 31. Oktober, ihre Kreisgeneralversammlung, nach der neuesten Bezeichnung ihren Unterberichtsabend. Dort spielte auch die Verschmelzungsfrage mit der K. P. D. eine Rolle. Kilia äußerte Bedenken gegen eine zu schnelle Verschmelzung, denn die Anhänger der Partei Crispian warten darauf, daß wir unteren Namen ablegen. Einige Schlaumeier, die diese böse Klippe umschiffen möchten, schlugen für das neue kommunistische Sammeljurium die Benennung vor: „Deutsche Sektion der 3. Kommunistischen Internationalen U. S. P. D., K. P. D. und K. A. P. D.“ Wenn die Moskauer ein Preisanschreiben machen, finden sie vielleicht jemand, der einen noch längeren Namen ausstiftet. Das haben denn auch die anderen Teilnehmer des Hallenser Bezirkstages schon begriffen. Nicht nur der Vorsitzende Demd, sondern auch der neue „Volksblatt“-Redakteur Stern, polemisierten gegen Kilia und betonten besonders, daß man mit der Annahme der Moskauer Bedingungen die Verpflichtung übernommen habe, einen ganz bestimmten Namen anzunehmen. Das ist auch unsere Meinung. Und dieser Name ist eben: Kommunistische Partei Deutschlands. Alles andere ist Betrug.

Niederschönhausen

Am Dienstag fand hier die erste Mitgliederversammlung nach der Trennung statt, nachdem die Neukommunisten bereits vor einer Woche ihre Mitgliederverammlung abhielten. Der zahlreiche Besuch stand in keiner Weise hinter früheren Mitgliederversammlungen zurück und mit Genugtuung konnte man feststellen, daß die alten bewährten und tätigen Genossen dem Banner der U. S. P. D. treugeblieben waren. Einen außerordentlichen Bericht vom Parteitag gab Genosse Schneider. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzende: Genossen Seeger und Dorn; Schriftführer: Peterien und Genossin Koppin; Kassierer: Hennig und Friede; Revisoren: Koppin, Kähler und Genossin Borngräber. Es kann festgestellt werden, daß die große Mehrzahl der Mitglieder auf unserer Seite steht.

Gewerkchaftliches

Der Schiedspruch für die städtischen Arbeiter

Das tarifliche Einigungsamt hat unter Vorsitz des Bürgermeisters der neuen Stadtgemeinde Berlin, Ritter, in der Lohnfreizeitsfrage des Magistrats mit den Arbeitern und Bureauhilfskräften folgenden Schiedspruch gefällt:

Der zwischen den Parteien — den Magistrat Berlin einerseits und den Arbeiter- und Angestellten-Verbänden andererseits — abgeschlossene Lohn- bzw. Vergütungstarif wird dahin abgeändert:

1. Der Stundenlohn der in den städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird um fünfzig Pfennige je Stunde erhöht. Der in dem Tarif erwähnte Begriff der Schwerkraft für die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fällt fort.
2. Alle anderen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zwanzig Pfennig je Stunde mehr als bisher.
3. Sämtliche nichtständig Angestellten (Hilfskräfte), die unter den Vergütungstarif fallen, erhalten die diesem Sach entsprechende Erhöhung ihrer Monatsvergütung.
4. Ausgenommen von der Erhöhung des Lohnes (Vergütung) sind die in Kraft und Logis befindlichen Personen und die Jugendlichen im Alter bis zu 17 Jahren.
5. Dieser neue Tarif gilt auf unbestimmte Zeit.
6. Die Parteien haben sich bis zum Freitag, den 12. November 1920, vormittags 10 Uhr, zu erklären, ob sie diesen Schiedspruch annehmen.

Der Transportarbeiter-Verband teilte kurz vor Redaktionsschluss mit, daß heute, Sonnabend, bei der Straßenbahn und in den städtischen Betrieben die Urabstimmung über den Schiedspruch stattfinden wird.

Ablehnung des Schiedspruches durch die Angestellten?

Die Funktionäre und Vertrauensleute der Nichtständigangestellten (Hilfskräfte) des Groß-Berliner Magistrats nahmen am Freitagabend in einer in der Bölow-Brauerei abgehaltenen Versammlung zu dem vom Tarifeinigungsamt des Magistrats gefällten Schiedspruch Stellung, der für die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke eine Stundenlohnsteigerung von 50 Pfennig, für die Hilfskräfte einen solchen von 20 Pfennig vorsieht. Der Vertreter der Ufa, Hochschild, referierte über die Finanzlage Berlins, wie sie der Stabskammer Böhl in der Verhandlung mit den Organisationsvertretern der Angestellten dargestellt hatte und übte an seinen Ausführungen scharfe Kritik. Sowohl Hochschild, wie auch der Vertreter des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter, Berner, empfahl den Verammelten, den Schiedspruch abzulehnen. In der anschließenden Diskussion wurde von den meisten Rednern das Eintreten in eine Aktion gefordert, andererseits wurde auch darauf hingewiesen, daß es der Angestelltenchaft beim Berliner Magistrat zu einem energischen Handeln an der nötigen Geschlossenheit fehle, daß ferner auch die Arbeiterbewegung diesen Angestellten mißtraulich gegenüberstehe. Es gelangte schließlich folgende Entschließung zur Annahme:

„Die heute in der Bölow-Brauerei verammelten Angestelltenräte und Funktionäre der Nichtständigangestellten beim Magistrat Berlin erblicken in dem Schiedspruch des Einigungsamtes eine Ablehnung der eingereichten und vom Magistrat als berechtigt anerkannten Forderungen. Sie können der Kollegenchaft nicht empfehlen, diesen provokierenden wirkenden Schiedspruch anzunehmen. Sie lehnen die 20 Pfennigzulage, die eine Summe von 36,40 Mark pro Monat beträgt, grundsätzlich ab, da sie es nicht veranworten können, daß durch diese Pfortelpfennige die gesamte arbeitende und auch der im Luxus erstickende Teil der Bevölkerung darunter leiden sollen.“

In einer bis zum kommenden Montag abzuhaltenden Urabstimmung in den Betrieben soll über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entschieden werden. Je nach Ausfall der Abstimmung wird dann von den Organisationen die Parole für das weitere Verhalten der Angestellten gegeben werden. Zum Schluss der Versammlung wurden die Funktionäre aufgefordert, dafür zu sorgen, daß der 9. November durch Arbeitsruhe begangen wird.

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

241 Nur so viel für eine Zigarre, oder was er wolle! Ich ging gerade vorüber und wollte mal anfragen.

Da lachte der alte Pfandleiher und ging ohne ein weiteres Wort an sein Pult zurück. Ich stand da. Eigentlich hatte ich nicht gehofft, und doch hatte ich Hilfe für möglich gehalten. Sein Lachen war mein Todesurteil. Mit der Brille würde es mir jetzt auch nichts helfen.

Meine Brille würde ich natürlich auch mit in den Handel geben, selbstverständlich, sagte ich, und nahm sie ab. Nur zehn Dore, oder wenn er wolle, auch nur fünf.

„Sie wissen, daß ich Ihnen auf Ihre Brille nichts geben kann“, sagte „Onkel“; „das habe ich Ihnen früher schon mal gesagt.“

„Aber ich brauche eine Postmarke“, sagte ich dumpf; ich könne nicht einmal die Briefe abschicken, die ich zu schreiben hätte. „Eine Zehn- oder Fünfzöer-Postmarke, ganz wie Sie meinen.“

„Machen Sie um Gotteswillen, daß Sie fortkommen!“ entgegnete er mit einer Handbewegung gegen mich.

„Ja, ja, mag's drum sein!“ sagte ich zu mir. Mechanisch setzte ich die Brille wieder auf, nahm die Knöpfe und ging; ich sagte Gute Nacht und schloß die Tür wie gewöhnlich hinter mir. So, nun ließ sich nichts mehr tun! Vor der Kellertreppe blieb ich stehen und sah mir die Knöpfe noch einmal an. Daß er sie absolut nicht haben wollte! sagte ich; es sind doch beinahe neue Knöpfe; ich begreife es gar nicht!

Während ich in diese Betrachtungen versunken dastand, kam ein Mann vorüber und ging hinunter in den Keller. Er hatte mir in der Hast einen kleinen Stoß versetzt; wir entschuldigten uns beide, und ich drehte mich um und sah ihm nach.

„Rein, du bist es?“ sagte er plötzlich unten auf der Treppe. Er kam wieder herauf, und ich erkannte ihn. „Gott bewahre mich, wie siehst du aus!“ sagte er. „Was hast du unten gemacht?“

„Geschäfte. Du willst auch hinunter, wie ich sehe?“ Wir jittersen die Knie, ich lehnte mich an die Wand und streckte ihm die Hand mit den Knöpfen entgegen.

„Was Teufel!“ rief er. „Rein, das geht denn doch zu weit!“

„Gute Nacht“, sagte ich und wollte gehen; ich spürte, wie nahe mir das Weinen war.

„Rein, war' einen Augenblick!“ Wozu sollte ich warten? Er selbst war ja auf dem Wege zum „Onkel“, trug vielleicht seinen Verlobungsring hin, hatte schon ein paar Tage gehungert und war seiner Wirtin was schuldig.

„Ja“, sagte ich endlich, „wenn du schnell zurückkommst...“

„Natürlich“, entgegnete er und nahm meinen Arm; „aber ich will dir was sagen, ich traue dir nicht, du bist ein Schafskopf; es ist schon am besten, wenn du mit hinunter kommst.“

Ich begriff, was er wollte, spürte plötzlich wieder einen Funken von Ehre und erwiderte:

„Kann nicht! Ich habe versprochen, um halb acht in Berni Ankers Straße zu sein und...“

„Halb acht, ganz recht! Aber es ist schon acht. Ich habe hier ja die Uhr in der Hand; die will ich nämlich hinuntertragen. Also hinein mit dir, du hungrierer Sünder! Ich bekomme mindestens fünf Kronen für dich!“

Dabei puffte er mich hinein.

Dritter Abschnitt.

Eine Woche ging hin in Herrlichkeit und Freuden.

Auch diesmal war ich über das schlimmste weggekommen, ich hatte jeden Tag zu essen; mein Mut wuchs und ich legte ein Eisen nach dem andern ins Feuer. Ich hatte drei oder vier Abhandlungen in Arbeit, die meinem armen Hirn jeden Funken, jeden Gedanken raubten, und ich war der Ansicht, daß es besser gehe als zuvor. Den letzten Artikel, mit dem ich soviel Gelaufe gehabt und auf den ich soviel Hoffnungen gesetzt, hatte ich bereits vom Redakteur zurückbekommen; beleidigt und erzürnt, hatte ich ihn sofort vernichtet, ohne ihn zuvor noch einmal durchzulesen. Für die Zukunft wollte ich es mit einer andern Zeitung versuchen, um mir verschiedene Auswege offen zu halten. Im schlimmsten Fall, wenn auch das nicht half, waren ja noch die Schiffe als Zuflucht da; die „Nonne“ lag legesfertig unten im Hafen, vielleicht nahm sie mich gegen Arbeit mit nach Archangel oder wo sie sonst hin wollte. Es fehlte mir also nicht an Ausflüchten nach vielen Seiten hin.

Die letzte Krisis hatte mich übel mitgenommen, mein Haar ging in großen Mengen aus, auch der Kopfschmerz war sehr qualvoll, besonders am Morgen, und die Nervosität wollte sich nicht legen. Wenn ich bei Tage schlief, mußte ich meine Hände mit Lappen umwickeln, nur weil ich meinen eigenen Hauch nicht mehr vertragen konnte. Wenn Zeus Olaf die Stalltür unten heftig ins Schloß warf, oder ein Hund auf

den Hof geriet und bellte, ging es mir durch Mark und Bein wie kalte Stiche, die mich überall trafen. Ich war sehr herunter.

Tag aus Tag ein qualte ich mich mit meiner Arbeit, gönnte mir kaum die Zeit, mein Essen hinunter zu schlucken und setzte mich dann wieder zum Schreiben. Damals war sowohl mein Bett wie mein kleiner wadliger Schreibtisch mit Notizen und beschriebenen Blättern überdeckt, an denen ich abwechselnd arbeitete, neues, das mir im Laufe des Tages einfiel, hinzufügte, durchsah, die toten Punkte mit einem farbenreichen Wort hier und da auffrischte, und mich mit der größten Mühe von Sach zu Sach schleppte. Eines Nachmittags war ich endlich mit einem Artikel fertig, steckte ihn glücklich und zufrieden in die Tasche und begab mich damit zum „Kommandeur“. Es war die höchste Zeit, daß ich Anstrengungen machte, um wieder zu Geld zu kommen; ich besah nicht mehr viel.

Der „Kommandeur“ ersuchte mich, einen Augenblick Platz zu nehmen, er würde sogleich... und damit schrieb er weiter.

Ich sah mich in dem kleinen Bureau um: Büsten, Lithographien, Ausschnitte, ein ungeheuerlicher Papierkorb, der aussah, als müsse er einen Menschen mit Haut und Haar verschlingen können. Mir wurde beim Anblick dieses ungründlichen Schlundes, dieses Drachenrahens, traurig ums Herz. Er sah aus, als sei er stets geöffnet, um neue verworfene Arbeiten — neue zerstörte Hoffnungen in sich aufzunehmen.

„Welches Datum haben wir?“ sagt der „Kommandeur“ plötzlich.

„Den 28.“, antwortete ich, froh, ihm einen Dienst leisten zu können.

„Den 28.“ Er schreibt weiter. Endlich kouvertiert er ein paar Briefe, wirft Papiere in den Korb und legt die Feder aus der Hand. Dann dreht er sich auf dem Stuhl um und sieht mich an. Als er bemerkt, daß ich noch neben der Tür stehe, macht er mir ein halb scherzhaftes, halb ernstes Zeichen mit der Hand und deutet auf einen Stuhl.

Damit er nicht sieht, daß ich keine Weste an habe, wenn ich den Korb öffne, werbe ich mich ab und ziehe das Manuskript aus der Brusttasche.

„Nur eine kleine Charakteristik Correggios“, sagte ich, „aber leider ist sie wohl nicht so geschrieben, daß Sie...“

Er nimmt mir die Papiere aus der Hand und blättert darin. Dabei war sein Gesicht mir zugewandt.

(Fortsetzung folgt.)

Die Vertrauensleute der Eisen- und Stahlindustrie haben beschlossen, bereits vor der Urabstimmung in den Streik zu treten.

Wie aus mitgeteilt wird, haben die Funktionäre des Gewerkschafts- und Staatsarbeiter-Verbandes gegen eine starke Minderheit beschlossen, die Annahme des Schiedsspruches den Mitgliedern zu empfehlen. Die Urabstimmung findet heute statt.

Zum Streik im Textilgroßhandel

In der gestern wieder überaus zahlreich besuchten Versammlung der streikenden Angestellten wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 5. November 1920 in Haderlands Festkäsen in gewaltigen Massen versammelten Angestellten des Textilgroßhandels haben mit Entschiedenheit Kenntnis davon genommen, in welcher brutaler Weise die Arbeitgeber jeden Weg zu einer Verständigung absichten. Sie betrachten die absolut unzulässigen Zurückdrängungen der Arbeitgeber als eine Verhöhnung der Angestellten und erklären, daß sie nun, wo ihnen einmal der Kampf aufgezwungen worden ist, nicht weichen und nicht wanken werden, bis ihnen eine Existenzmöglichkeit gesichert ist.

Mit Genugtuung begrüßen sie die Solidaritätskundgebung der gewerblichen Arbeitnehmer, ihre äußerliche Unterstützung sprechen sie aber denjenigen zum Glück sehr wenig, die Elemente aus, die es fertig bekommen haben, in diesem schweren Lohnkampf ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Zentralstreikleitung.

Berührt durch gewisse Vorurteile, legt die Zentralstreikleitung im Textilgroßhandel Wert darauf, von sich aus zu erklären, daß sie allen Ausschreitungen oder Zusammenrottungen, die im Zentrum Berlins in diesen Tagen vorkommen könnten, durchaus fernsteht. Die Angestellten im Textilgroßhandel haben die Weisung erhalten, sich von allem Berührenden fernzuhalten und sich von keiner Seite provozieren zu lassen. Die Zentralstreikleitung.

Drohender Streik der Portiers

Bei Redaktionschluss hatten neun Zehntel der Portiers für den Streik gestimmt. Aus größeren Bezirken stand das Resultat noch aus. Eine wesentliche Änderung des Abstimmungsergebnisses ist kaum zu erwarten. Heute tritt der Vorstand des Portierverbandes zusammen, um über die zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß zu fassen.

Achtung! Metallarbeiter

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung hat in der „Freiheit“ Nr. 472 vom Freitag, den 5. November 1920, aufgefordert, den Gedenktag der Revolution zu Ehren der gefallenen Opfer durch Arbeitsruhe würdig zu begehen. Um eine einheitliche Aktion zu ermöglichen, fordern wir unsere Mitglieder auf, der Aufforderung der Berliner Gewerkschaftskommission eifrig Folge zu leisten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Angestellte!

Für die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten gilt für den 9. November der Beschluß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung.

Groß-Berlin

Bezirksorganisation Berlin-Stadt

Die Distriktsleiter werden ersucht, heute im Laufe des Tages die Informationsblätter vom Parteibureau, Breite Str. 8-9, Hof 1. Aufg., 1 Tr., abholen zu lassen. Nach dem Informationsblatt wird gleichzeitig die Broschüre (H. S. P. D. „Trotz alledem“) ausgegeben. Die Geschäftsleitung.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Plakate zur Revolutionsfeier am 9. November für Berlin Stadt, Neutölln und Richtenberg sind heute, Sonnabend, in der Zeit von 3-5 Uhr im Parteibureau, Breite Str. 8-9, in Empfang zu nehmen. Die Geschäftsleitung.

Die arbeitende Frau

Der Wirtschaftspolitiker des „Vorwärts“ leitet sich manchmal eigenartige Forderungen. So schreibt er in Nr. 539 dieses Blattes einen Aufruf über die arbeitende Frau, dessen Tendenz sich ein wahrer Manchestermann sehr wohl zu eigen machen könnte. Es gefällt ihm nicht, daß der Demobilisationskommissar eine Anordnung getroffen hat, daß verheiratete Frauen, deren Männer einen ausreichenden Verdienst haben — soweit unter den heutigen Verhältnissen überhaupt davon gesprochen werden kann — zugunsten von Arbeitslosen entlassen werden sollen. Das sei ein unerhört schwerer Einbruch in die eigenen Rechte und trifft allein die verheiratete Proletarierin, nicht aber die Millionen Frauen der Geldwirtschaft, Handwerker, Klein-Peruse und Landwirte. Die Arbeitslosen verweist er auf die Erwerbslosenfürsorge, die allerdings ausgebeutet werden müsse.

Außerdem, daß die Arbeitslosen sehr lange darauf warten müßten, ehe die Erwerbslosenfürsorge in einem Maße für sie eintritt, daß sie vor Not geschützt sind, verlangen die Arbeitslosen bekanntlich nicht Unterstützung, sondern Arbeit. Unsere verrottete, privatiskapitalistisch geleitete Wirtschaft, die nur produziert, wenn sie gute Profite erzielen kann, sorgt jedoch von sich aus nicht dafür, daß alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können. Die Arbeiter und Angestellten greifen deshalb in einem Notbehelf, indem sie darauf dringen, daß die vorhandene Arbeit wenigstens einigermaßen gleichmäßig verteilt wird. Sie sorgen deshalb durch die staatlichen Organe dafür, daß einseitig die Arbeitszeit, ehe Entlassungen wegen Betriebsnotschrankungen vorgenommen werden, verkürzt wird, ferner sogenannte Doppelerlösnisse, d. h. Peilötungen des Einzelnen in mehreren Betrieben, unterlagert werden. Und schließlich sollen diejenigen, die nicht unbedingt auf Erwerb angewiesen sind, nicht beschäftigt werden dürfen. Das sind natürlich alles Mittel, die das Arbeitslosenproblem nicht reiflos lösen werden, aber doch, streng durchgeführt, wesentlich zur Milderung der Arbeitslosigkeit beitragen könnten. Durch die Verdrängung der verheirateten Frauen aus den Betrieben werden auch nicht — wie es der Kritiker schreiben darf — die sozial am schlechtesten gestellten Familien betroffen. Das sind gewöhnlich die kinderreichen Familien, wo die Mutter schon ihrer Kinder wegen nicht aus dem Hause gehen kann. Wo die Not sie doch dazu treibt, werden Ausnahmen zugelassen. Es sind vielmehr vielfach kinderlose Ehefrauen, gegen deren Erwerbsarbeit an sich gewiß nichts einzuwenden wäre, die aber zur Not von dem Einkommen des Mannes leben könnten. Jedenfalls ist es richtiger, ein Familienunterstützer oder -inhaber, der auf Erwerb angewiesen ist, findet Unterkommen in einem Betriebe, als daß Mann und Frau aus einer Familie arbeiten.

So sehr wir auch die Arbeit schätzen, müssen wir unter den obwaltenden Umständen versuchen, sie in sozialer Weise zu verteilen. Wenn es technisch nicht möglich ist, Eingriffe in das gesamte Wirtschaftsleben zu machen und auch die Frauen selbständiger zu erfassen, so halten wir es doch für richtig, daß es wenigstens dort geschieht, wo es möglich ist. Der Einwand, daß persönliche Rechte dadurch berührt werden, kann uns nicht umstimmen. Soziale Maßnahmen sind fast stets mit einem Eingriff in solche Rechte verbunden, und trotzdem haben wir sie stets gefordert und für ihre Durchführung gekämpft.

Vorbestraft!

Das Los der Vorbestraften ist in nachrevolutionärer Zeit in keiner Weise gebessert worden. Zeit ihres Lebens sind sie mit Makel behaftet, und in den meisten Fällen wird es ihnen unmöglich gemacht, sich auf ehrliche Weise ihr Brot zu verdienen. Jeder Arbeitgeber lehnt sie ab. Die Stadt Berlin als Arbeitgeber ebenfalls. Aber neben der sofortigen Entlassung eines Vorbestraften geht man jetzt auch soweit, diesen die Erwerbslosenunterstützung nicht zu gewähren. Der abfertige Beamte in der Abfertigungsstelle B1 lehnte die Ausfertigung eines Antrags für einen Vorbestraften ab. Auf dem Arbeitsmarktwel für Kriegsbeschädigte wird diesem dann noch mitgeteilt, daß er auf Arbeitsermittlung nicht rechnen könne. So handelt es sich um einen 40 Prozent geschädigten Kriegsbeschädigten, der infolge Lungenschusses lungenleidend ist. Was soll nun der Vorbestrafte beginnen? Auf ehrliche Weise sich und seine Familie zu unterhalten ist ihm unmöglich, also muß er zum Verbrecher werden. So ist die bürgerliche Moral, erst macht man Verbrecher, um sie nachher zu bestrafen.

3. Bezirk (Wedding). Bezirks- und Stadtoverordnete, die am heutigen Sonnabend, den 6. November, in Aussicht genommene Fraktionsitzung findet nicht statt.

Der Bädermeister Albert Kranz, Kommandantenstr. 54, ist wegen unzureichender Betriebsführung auf die Dauer von 2 Wochen von der Wehrteilung ausgeschlossen worden.

Die Dichtberger Köchliche Bekleidungsstelle in der Frankfurter Allee 87 wird jetzt allen Einwohnern des 17. Berliner Verwaltungsbezirks (Dichtberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Biesdorf, Kaulsdorf, Waidhof, Mariahn, Sellensdorf, Mühlgraben) zugänglich gemacht. Die Verkaufsstellen sind wie folgt festgesetzt worden: Mittwoch und Sonnabends von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 4-6 Uhr nachmittags, an den übrigen Wochentagen von 8-3 Uhr. Zur Zeit werden folgende Gegenstände zum Verkauf bereitgehalten: Männerkoffer und Baretts von 101 M., Männeranzüge von 280 M., Herrenanzüge von 165 M., Knabenanzüge von 75 M., Hosen von 108 M., Schwarz gefärbte, getragene Militäropanen von 30 M., Frauenmäntel von 65 M., Frauenröcke von 60 M., Frauenblusen von 34 M., an. Außerdem Unterhosen für Männer und Frauen, Strümpfe für Männer, Frauen und Kinder in verschiedenen Preislagen.

Die Köchlichen Nachmittagsvorstellungen der Dichtberger Köchlichen Bekleidungsstelle bringen 2. H. Märchenstücke des Dresdner Künstler-Mariettentheaters unter der künstlerischen Leitung von Lothar Dietz. Nachdem die Aufführungsvorstellungen des auf mehrere Wochen berechneten Gastspiels mit dem Puppenspiel „Hänel und Greiel“ großen Beifall gefunden haben, folgt nunmehr ein „Kapars Kellerbesuche“ bestelltes Spiel. Beginn der Vorstellungen nachmittags 4 Uhr. Eintrittspreise für Kinder 50 Pf., für Erwachsene 75 Pf. — In den Abendvorstellungen für Erwachsene (Beginn 7 1/2 Uhr. Eintrittspreis für alle Plätze 1.50 M.) gelangt u. a. als Erstausführung der Film „Tod und Liebe“ zur Darstellung.

Das Wiltner-Dachter veranstaltet am 9. und 10. November im Rahmen der Dichtberger Köchlichen Volkstuntenabend Konzerte im Saal des Realgymnasiums an der Parlaue. Beginn 7 1/2 Uhr. Die in Freie kommenden Inhaber der Vorzugsaktien werden gebeten, die Eintrittskarten spätestens drei Tage vor der Aufführung in den bekannten Verkaufsstellen einzulösen.

Aus den Organisationen

Die Arbeiter- u. S. P. D. (Christen-Debatte) heute, Sonnabend, abend 7 Uhr, Sitzung der kommunalen Kommission, der Parteiverordneten und Stadtverordneten im Rathaus, Zimmer 1. Das Erscheinen ist dringend notwendig. Ein Sonntagabend abend 7 1/2 Uhr findet in der Nikolikirche eine Parteiführung statt. Abgehaltenes Erscheinen der Parteiführer, Kassierer und sonstigen Funktionäre ist erforderlich. Wichtige Tagesordnung.

Bereinskalendar

Transportarbeiter-Verband, Textilgroßhandel und Bekleidungsindustrie. Am Sonntag, den 7. November, vorm. 10 Uhr, im großen Saal der „Linienbrunnens“, Hallesche Str. 31, Ortsversammlung. Jugendabend der Angestellten, Jugendgruppe, Mitgliederversammlung 7. November, nachmittags 5 Uhr, Jugendklub, Kottbusser Str. 10. Arbeiter-Gewerkschaften Berlin e. V. befinden sich Sonntag, den 7. November, im Wilmerspark, Mühlgraben, abend 8 Uhr, an den bekannten Stellen im Parkhaus einzulösen. Beginn ab nachmittags. Arbeiter-Partei Berlin-Brandenburg. Die nächste Parteiverwaltung findet am Montag, den 8. November, abend 8 1/2 Uhr, im Hotel von Stadt, Gunglstraße 1, statt. Jeder Bezirk muß vertreten sein. Beisitzer eingeladen ist durch die Parteiführung, „Einigkeit und Kampf“. Arbeiter-Abteilung, 7. Männer-Abteilung, Sonntag, den 7. November, Jambouettie 2-4 Schützenstr., Treffpunkt 12.30 Uhr im Bürgerklub. Arbeiter-Abteilung, Sonntag, vorm. 11 Uhr im Bürgerklub des Rathauses, Kottbuscher Str. 10. Vortrag des Herrn E. Dämmig: Das Schicksal der Religionen in der Weltrevolution. Harmonium: Am Meer (Schubert). Gäste willkommen. Nachm. 4 Uhr Vesper-Gottesdienst (Halle). Vortrag für Jugendliche, Referent Herr E. Jeller. Was bedeutet dem Referenten das Christentum.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabald, Berlin. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Ludwig Kometzki, Kottbuscher Str. 10. Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. V., Berlin. — Druck der „Freiheit“ Druckerei G. m. b. H., Kottbuscher Str. 10.

Abschiedsbrief
von **ROBERT BLUM**
vor der Hinrichtung am
9. November 1848 (im Bilde)
Die Ereignisse d. 2. Revolutionsjahres / Ein Rückblick von
Karl Holtz und Ignaz Wrobel
in der
Freien Welt
Heft 42

Der neue Ulster

M. SCHULMEISTER
Dresdener Str. 4, BERLIN SO Kottbuscher Tor

Der moderne Anzug

Spezial-Arzt Dr. J. Lösser für Geschlechts-, Haut-, Gicht-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutunterziehungen, Vererbungen mit Höhenkur, Dampfbäder, Massage, in der Heil- u. Erholungsanstalt „Dir. O. Lösser, Mü. zstr. 9“ nahe Alexanderplatz, 3-1, 4-8, Sonntags 9-11, Damer separat.

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden bei Männern u. Frauen, Blutunterziehungen, nerv. Schwäche, Verdauungs-, Nerven-, Harn-, ohne Verschärfung, Auskult. kostlos. **KUM, Adressstr. 75, 1. u. 2. Dresdener Str. (Nähe S. Kol. Hof.)** Dr. O. Lösser, 10-12, 5-7, Sonnt. geschloß.

Die Schäfer-Martin-Salbe 1685
berühmtes Volksheilmittel gegen Hautleiden, Wundschäden, Ausschläge, Geschwüre, Miltzer, Pöbel, rote Rippen, Haut, Woll, Juckreiz. Bei Kindern verhilft sie das Wundchen, heilt Ausschläge etc. Preis 10 Pfennige pro Dose Mk. 10,- gegen Nachnahme oder Vereinfachung. **Wien zu beziehen durch: G. W. Krotzsch, Berlin NW 5, Wisniewski Straße 47**

Mein Haaransatz
hat vollkommen aufgehört. Seit Jahren gingen mir dicke Strähnen aus, und das wenige Haar war jung dünn. Da hörte ich, in Ihrem Haar Revolver, nach kurzen Gebrauch grüßte sich neues Wachstum. Es ergreift das Haarwurzeln! So schreiben viele über Ihr Haar Revolver. **Dr. med. Günz, „Die reineren Haarpflege“** **Otto Rehnert, Berlin 46, 50, Eisenbahnstraße 4.**

Geschlechtsleiden
kann man haben, wenn alles andere versagt, nachweisbar auch Hilfe im Naturheilmittel (Holländische Krönung), **Mühlgraben, (Holländische Krönung) 1-4, Sonnt. 11-1. Damer separat. Jeder Kranke verlangt Dr. med. Ludwig Küst, Kottbuscher Str. 10, 2.00 im verschloß. Kottbuscher Str. 10, 2.00 im verschloß. Angabe des Leidens erforderlich.**

Heilung der Syphilis
ohne Quecksilber und Balsarsäure, durch die bestmögliche, ungeschädigte Methode von **Dr. med. Günz** zu beziehen für Mk. 2.50 durch **Dr. med. Günz, Kottbuscher Str. 10, 2.00 im verschloß. Kottbuscher Str. 10, 2.00 im verschloß.**

Möbel
gegen bar u. Teilzahlung herabgesetzte Preise **Landwehr, Mühlgraben, 7 (Wedding)**

Kreuzer-Sonate
von Leo Tostel 104 Seiten **Mk. 1.50**
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin, Str. 10

Bernhard Brauer, Wein- und Bierhandlung, Berlin SW 68, Reichstraße, 207. **Billigster Jura- und Weinhandel, 111, Kottbuscher Str. 10.**

Stoffe für Damen und Herrenbekleidung
Herabgesetzte Preise!
C. Pelz
5 Kottbuscher Straße 5

Belzwaren (sehr billig)
Kettenschleife, u. 250 M. an **Preis** u. 200 M. an **Wasserschleife** u. 195 M. an **Größe** u. 150 M. an **Reparaturen** innerhalb 3 Tagen
Boetzer 44, Kottbuscher Str. 15
Preis u. 150 M. an **Reparaturen** innerhalb 3 Tagen

MOBELKREDIT

FRIEDEBERG
BÜLOWSTR. 24
AM HOCHBAHNHOF

Gold-, Silber-, Platin-, Kupfer, Messing, Blei usw.
Gotzkowskystraße 13
an der Woytowitsky Allee.

Der Bolschewismus
von einem völlig neuen Gesichtspunkt
wird behandelt in der Schrift von **Jesimow**
Die Soziologie des Bolschewismus
Preis 3.— Mark.
Angehörige Ausgabe für Organisationen 1 Mark
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin G2, Breite Str. 8-9

Billiges Möbel-Angebot
Kompl. bunte Küchen 375 M.
Bunte Stoffbetten 315 M.
Bettstellen von 315 M. an
Möbel Kredit an Alle!
Dieser auch nach auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5.

Spezial-Arzt Dr. Lösser für alle Geschlechts-, Haut-, Gicht-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutunterziehungen, Vererbungen mit Höhenkur, Dampfbäder, Massage, in der Heil- u. Erholungsanstalt „Dir. O. Lösser senior, Mü. zstr. 9“ nahe Alexanderplatz, 3-1, 4-8, Sonntags 9-11, Damer separat.